

Politik streitet über Zukunft der Afghanistan-Truppe

Mögliche Aufstockungspläne treffen auf Widerstand der SPD.

BERLIN/MZ/KRÖ/STS - Kurz vor Beginn der internationalen Afghanistan-Konferenz in London droht der seit Jahren geübte Schulterchluss der Volksparteien in zentralen sicherheitspolitischen Fragen zu zerbrechen. SPD-Chef Sigmar Gabriel sprach sich klar gegen eine Aufstockung des Bundeswehrrkontingents von 4 500 Mann in Afghanistan aus und plädierte für ein Ende des deutschen Militäreinsatzes bis 2015. In diesen Fragen könne es schon deshalb mit der Bundesregierung keine gemeinsame Posi-

tion geben, da die Bundesregierung keine eindeutige Position einnehme, sagte Gabriel.

Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) will Berichten zufolge das deutsche Truppenkontingent von derzeit 4 500 Mann auf 6 000 Soldaten erhöhen. Offiziell dementierte das Ministerium die Angaben. FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner betonte gegenüber der MZ, seine Partei werde sich erst nach der Londoner Konferenz zur künftigen Stärke der deutschen Präsenz äü-

Bern. „Erst müssen wir uns über die Ziele verständigen, dann über die Strategie und als letztes kommen die Mittel, also die Zahl der Soldaten“, sagte Stinner. Zugleich übte Stinner scharfe Kritik an der SPD-Forderung nach einem konkreten Abzugstermin. Als SPD-Kanzlerkandidat habe Frank-Walter Steinmeier vor der Bundestagswahl gewarnt, wer ein Datum für den Rückzug nenne, gebe den Taliban ein Signal, wie lange sie überwintern müssten, bis sie wieder an die Macht kämen.